

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Einzelpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8300. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsheftige Kolonietabelle 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Die Schiffe von Griesbach

Die zwölf Schiffe, die den Reichstagsabgeordneten Erzberger in Griesbach (Waden) niederbrachten, erzeugten ein Echo von großer Empörung. Diese Kugeln der beiden reaktionären Meuchelmörder galten auch weniger dem Menschen Erzberger als der Sache, die er in mutiger Weise verteidigte, sie galten der Demokratie und der Republik. Und weil dies so war, deshalb erhob sich das gesamte arbeitende Volk und das freiheitliche Bürgertum, um gemeinsam in machtvollen Demonstrationen gegen die schamlose Hehe der Reaktion zu protestieren, um der Sippe der Deutschnationalen ein Menetekel entgegenzuhalten. Die Demonstrationen zeigten einen glänzenden Verlauf. Ein freier, frischer Wind weht wieder durch Deutschlands Gänge und es scheint, als sollte wieder eine bessere und schönere Periode ihren Anfang nehmen, die vor allem ihre Krönung in der politischen Einigkeit der Arbeiterklasse findet.

Es war eine niederdrückende Atmosphäre, die die Luft der letzten Monate erfüllte: Die Reaktion lebte nirgendwo ungebundener, als im angeblich freien Deutschland! In Bayern stand die ganze Macht des Staates hinter den Anhängern des alten Systems; hier konnten sie sich in Ruhe niederlassen und die Pläne aushecken, die zur Wiedereinführung der Monarchie mit allem Drum und Dran führen sollten; hier wurde die arbeitende Klasse mit der ganzen Brutalität des Belagerungszustandes niedergehalten; hier liefen die Fäden der militärischen Geheimorganisationen wie „Orgeß“ usw. zusammen. Und es will uns scheinen, daß noch gewaltige Kämpfe in und außerhalb der Parlamente auszufechten werden müssen, um diesen Brandherd der Reaktion gründlich zum Erlöschen zu bringen. Regimentsfeiern waren im ganzen Reich an der Tagesordnung, militärische Kontrollversammlungen noch allem Muster wurden überall veranstaltet. Der Hohenzoller Titel Friedrich konnte Parade von Offizieren mitten in Berlin in voller Öffentlichkeit abhalten. Frontkämpfertage und riesige monarchistische Demonstrationen auf dem Ruffhäuser, bei Tannenbergsfeiern, im Berliner Stadion usw. waren an der Tagesordnung. Mehr und mehr nahm die Reichswehr, dieses Heer der Republik, aktiv in vollem Bewußtsein an diesen Kundgebungen teil. „Heil dir im Siegerkranz“, und andere widerliche patriotische Gesänge wurden wieder demonstriert hinausgerollt.

So marschierte die Reaktion mit allem militärischen Gepränge auf. Und während derartig ganz offensichtlich für die Monarchie und für neue Kriege Stimmung gemacht wurde, verrichtete die deutsche nationale Mörderzentrale ihr Werk. Durch eine systematisch und skrupellos betriebene Pressehege wurde die Stimmung für Meuchelmorde vorbereitet. Mehr als dreihundert Kämpfer der deutschen Revolution sind seit 1918 von der reaktionären Mörderbande umgebracht worden. Fast keiner dieser Morde wurde gesühnt. Die Polizei findet keine Mörder, reaktionäre Staatsanwälte klagen sie nicht an und falls sie angeklagt sind, werden sie von reaktionären Gerichten freigesprochen. Währenddem wurden mehr als 1000 Jahre Zuchthaus über Proletarier verhängt, die in Mitteldeutschland gekämpft hatten. Die Proletarier in Gefängnissen und Zuchthäusern lernten diese Einrichtungen in ihrer ganzen Grausamkeit kennen, während Meuchelmörder von rechts, wie z. B. der Mörder Eisners, Graf Arco-Valley sich im „Gefängnis“ faulwohl fühlen. Von diesen Mordtaten, nach Mitteilung H. v. Gerlach in der Welt am Montag, Anschläge in Bayern öffentlich verkauft. Und ein wüßtes Heftblatt, die „Rote Hand“, hat nach derselben Quelle im vorigen Jahre ein Bild des Mörders gebracht mit der Unterschrift: Graf Anton Arco-Valley, der den Grundstein zur Wiederaufrichtung Bayerns legte!

Während diese Vorbereitungen der Reaktion in aller Öffentlichkeit und mit ausgeprägtem Synismus vor sich gingen, erlebten wir die schlimmsten Phasen des proletarischen Bruderkampfes. Das gelbe Geschmeiß machte sich wiederum in einigen Betrieben breit, mit voller Absicht begünstigt von den Unternehmern. Eine lähmende Lethargie schien jeden Kampfesmut innerhalb der Arbeiterklasse erstötet zu haben. Alle reaktionären Vorhölle wurden geduldig ertragen. Endlich ist dieser lähmende und geisttötende Damm gebrochen! Wieder sah man Massen demonstrieren, rote und republikanische Fahnen im Winde flattern! Wieder wurden Gelöbnisse in Gestalt von Resolutionen von riesigen Proletariatsmassen zum Klassenkampf und zur Verteidigung der republikanischen Freiheit abgelegt. Die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten unterstützten die Demonstrationen mit vollem Bewußtsein und die Gewerkschaftsführer haben in Verhandlungen mit der Regierung keine Zweifel darüber gelassen, daß die ganze Macht der Gewerkschaft eingesetzt werden soll, um die Freiheiten der Republik zu erhalten bezw. zu erweitern. Das sind Kriegserklärungen an die Reaktion! Nun gut es, nicht in den Anfängen stehen zu bleiben, den frischen Wind eines belebenden Kampfes nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Die Tat muß folgen!

Die Taten müssen sich kristallisieren in folgendem: Rückfichtslose Reinigung der Justiz, der Bürokratie und Verwaltung von reaktionären Elementen; Verschlagung der Machtposition einer monarchistischen Offizierskamarilla im Heer; Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben. Durchgreifende Verfolgung und Unschädlichmachung von reaktionären Elementen, die das öffentliche Leben vergiften. Dies nur einige Punkte. Im übrigen müssen wir als Gewerkschaftler die Forderungen reslos unterstützen, die von den beiden sozialdemokratischen Parteien aufgestellt und in den Protestversammlungen zum Beschluß erhoben wurden.

Doch darüber sollte bei jedem Arbeiter volle Klarheit bestehen: Der Kampf, der jetzt geführt werden soll, ist schwer und ein

Ausgang ist noch keineswegs vorauszusehen. Die Gegenseite arbeitet mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, sie sind in der Lage, alles in den Kampf zu führen, da sie die Besitzer der Produktionsmittel und des Geldes sind. Schon kündigt die Deutsche Tageszeitung die Auslieferung der Städte durch einen Pflanzstreik der Landwirte an. Wenn derartige Drohungen auch nicht so tragisch genommen zu werden brauchen, so sollten wir uns bedenken, daß das platte Land zu einem großen Prozentsatz monarchistisch und reaktionär gesonnen ist. Ein Kampf zwischen Stadt und Land würde unabsehbare Konsequenzen in sich tragen. Doch noch ist es nicht so weit. Aber wir wollen es ganz ruhig aussprechen: Eine weitergehende Abschichtung seiner Interessensvertreter kann sich das arbeitende Volk unter keinen Umständen gefallen lassen. Und sollte die Reaktion sich weiter solcher Mittel bedienen, dann wird sich das Proletariat die Art der Abwehr überlegen müssen. Wenn dann die Parole ausgegeben werden sollte: „Für jeden Vertreter des arbeitenden Volkes zehn aus den Reihen der Reaktion“, dann ist es nicht die Schuld der Arbeiter, daß die Kampfmethoden einen derartigen Charakter angenommen haben.

Der von den beiden Nordbuben gezogene Revolver hat noch eine gute Wirkung gehabt: eine wesentliche Annäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“ finden wir Darlegungen und Formulierungen, die fast wörtlich übereinstimmen. Freuen wir uns dessen!

Alle Aussicht auf Erfolg im Kampfe gegen die Reaktion wird solange eine Chimäre bleiben, als nicht der Bruderkampf zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien ein Ende nimmt. In Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung hatten wir geschrieben, daß die Unterschiede der beiden Parteien merklich klein geworden seien. Diese Ansicht wurde von einigen Kollegen mit Kopfschütteln gelesen. Doch kaum lief diese Nummer der M.-Z. durch die Maschine, da wurde in Berlin und anderswo durch die Tat bewiesen, daß die von uns geäußerte Ansicht richtig war. Man lese die Zeitungsartikel der einzelnen Parteiblätter oder verfolge die Reden von führenden Männern anlässlich der Demonstrationen und man wird Mühe haben festzustellen, wo der Unabhängige anfängt und der S.P.D.-Mann aufhört. Es wäre eine geschichtliche Tat von gigantischer Größe, wenn ein Mann von Bedeutung aufstünde und die letzten dünnen Bretterplanen niederriße, die die beiden Parteien noch von einander trennen. Wo ist der Mann? Wer mag es, das erste entscheidende Wort zu sprechen?

Das erste Kampfziel ist die Sicherung und Erweiterung der Arbeiterrechte innerhalb der Republik und damit verbunden die gründliche Auswischung des reaktionären Unginstalles. Diese Forderung wird verteidigt und vertreten bis weit in die Reihen der Kommunisten. Das ist ein schweres Werk, doch es kann gelingen, wenn die zehn Millionen Proletarier, die jetzt einig waren, geeinigt bleiben und ihre ganze Kraft auf dieses zunächst zu erreichende Ziel konzentrieren. Alles andere sind Zukunftsfragen und deren Verwirklichung ergibt sich von selbst, wenn obiges Ziel restlos als erste Etappe erobert ist. Aber vorerst: weg mit dem Parteihader zwischen S.P.D. und U.S.P.D.

Folgender Aufruf wurde vom A.D.G.V. bekanntgegeben:

Arbeiter, Angestellte und Beamte!
Seit Monaten recht — täglich fähner — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Herrschaft und die dadurch entstehenden politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hindern, die notwendige Sicherung für den Bestand der demokratischen Republik also fehlt, glauben die Reaktionäre, ihre Zeit sei gekommen.

Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnwitziger Beschimpfungen und schwerster Angriffe. Veranlassungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Beschimpfungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil der nationalistischen Presse peitscht verstockt und offen zum politischen Mord auf.
Diesen hochverräterischen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen Organe der Justiz eine auffallende und ausgesprochene parteiische Mißbe. Symptomatisch für die innere politische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt die an Garais und Erzberger.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richteten am 29. August a. d. Reichstagskanzler die mündliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Nationalisten nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutze der Republik zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichskanzlers, der rücksichtslose Beteiligung der eingetretenen Regiernde bestimmt verpöndet und die Mitwirkung der organisierten Arbeitnehmerschaft bekräftigt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Mit dem geschändeten Schritt eurer Vertreter kann es nicht sein Bewenden haben. Auch die tatkräftigste Leitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederhalten können, als sie unterstützt wird von der überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Reiches. Schart euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, vergeßt, was euch sonst trennen mag, laßt allen Bruderkampf und vereinigt euch mit allen, die guten Willens sind, die Widerwärtigkeit der Republik zurückzuführen, damit die Reaktion erlosche und, daß sie einem geschlossenen Block des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Erkenntnistriebe haben sich die Vertretungen der politischen Organisationen der arbeitenden Klasse, die Parteileitungen der S.P.D. und der U.S.P.D. zu gemeinsamer Abwehr zusammengefunden. An unsere Mitglieder richten wir die Aufforderung, sich an den Protestaktionen, zu denen diese aufrufen, vollständig zu beteiligen.

Es gilt die Sicherstellung der Ehre der Republik!
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
P. Grafmann.

Die große Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise

Es ist nicht das Geld, das ein Land bereichert, sondern der Geist, ich meine den Geist, der die Arbeit organisiert... Der beste Staat ist der, der die geringste Anzahl von unnützen Menschen enthält. (Voltaire 1684-1778.)

Der Sozialismus wird den Kapitalismus überwinden, weil die sozialistische Produktionsform eine höhere, vollkommene Organisation der Arbeit darstellt und der heute herrschenden Produktionsform überlegen sein wird. Die Überlegenheit wird bestehen in der Ausschaltung des Unternehmergewinnens, der Beseitigung aller unproduktiven Arbeit, in der höchsten Ausnutzung der maschinellen Technik und in der Einführung der Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft. Diese Maßnahmen werden die Masse der erzeugten Güter gewaltig steigern und den Anteil jedes Einzelnen bedeutend erhöhen.

Schon die Ausschaltung des Unternehmergewinnens allein wird den Wohlstand der jetzt benachteiligten Volksmassen wesentlich vermehren. Dieser Posten stellt heute riesen Summen dar, das zeigen die Reingewinn- und Dividendenlisten der Aktiengesellschaften. Oft wissen die Verwaltungen nicht, wie sie die großen Ueberschüsse verwenden und verstreuen sollen und die früher nur in Amerika übliche Aktienvermehrung — Ausgabe neuer Aktien lediglich zur Auffangung der kolossalen Ueberschüsse — wird auch in Deutschland immer mehr angewandt. Riesige Summen fließen dadurch alljährlich in die Taschen von Leuten, die an der Herstellung der Güter auch nicht mit einer Handbreit beteiligt sind. Diese Parasiten gibt es in der neuen Gesellschaft nicht.

Gleich große Vorteile werden der sozialistischen Gesellschaft durch die Beseitigung der unproduktiven Arbeit erwachsen. Millionen Menschen radern sich heute körperlich und geistig ab, schaffen aber keine oder zu geringe Werte. Viel Zeit wird schon dadurch zum Teil vergeudet, daß ganz billige Waren hergestellt werden, um der geringen Kaufkraft der großen Masse entgegenzukommen. Der Wert dieser Gegenstände ist meist nur gering, oft stellen sie lediglich Handelsartikel dar. Es sei hier nur auf die miserablen Werkstoffe und die daraus gefertigten Waren und auf die Schiffe, die zum Teil aus Rappz hergestellt sind, hingewiesen; auf das billige Spielzeug, das der Arbeiter seiner Kinder schenkt, das sehr oft schon beim Einpacken im Laden des Verkäufers zertrümmert geht und selten den Geschäftstag überlebt. Unter diesen Schundwaren findet die ärmere Bevölkerung gar nichts. Sie kennt auch das Unmenschliche der billigen, schlechten Waren, deshalb hat der Volkswind das Sprichwort geprägt: „Vom Besten ist der billigste Kauf.“ Wenn die Geldknappheit zwingt gerade die Ärmsten immer wieder, den Wunder zu kaufen und sich damit zu betriegen. Selbst die Arbeiter, die diese Schundwaren herstellen, sind im Nachteil, weil der Lohn dafür immer noch wesentlich niedriger ist als für vollwertige Produkte.

Die Arbeitskraft vergeudet die kapitalistische Gesellschaft schon beim Vertrieb der Rohstoffe und der erzeugten Waren. Bevor sie ihren Zweck erfüllen, wandern sie aus einer Hand in die andere, überall muß dabei Arbeit geleistet, müssen Transportkosten bezahlt, Profite gemacht werden, denn umsonst schart keine Genne. Gleich nach Beginn des Krieges, wo Rohstoffe und Waren knapp wurden, wurde der Zwischenhandel zum gemeinschaftlichen Bucher aus, dem man mit Gesetzesbestimmungen bezugommen suchte, freilich ohne großen Erfolg. Unermehliche Reichtümer sind von den Schiebern und Bucherern erworben worden. Eine neue Klasse von Reichern, die „Kriegsgewinnler“, ist entstanden, die von der Parole „Nie wieder Krieg“ natürlich nichts wissen will und eine ständige Gefahr für den Frieden bedeutet, denn noch regiert das Geld die Welt. Der Reigen dieser Leute blüht auch heute noch und wird immer wieder blühen, denn die durch den Krieg hervorgerufene Warenknappheit wird nicht sobald behoben werden können.

Welche Unsummen von Rohstoffen und Arbeitskraft die kapitalistische Gesellschaft aber geradezu vergeudet, dafür ein Beispiel: Die Wissenschaften befinden sich in einer Kollage. Besonders die Forscher, die mit Schädel und mit Hirn hungern pflegen, können ihre Geistesprodukte nicht bruden lassen, weil die Buchkosten zu teuer sind; der Fortschritt der Menschheit leidet darunter ganz sicher. Hunderttausende von Staatsbürgern haben keine Wohnung und es können auch nicht genügend Häuser gebaut werden, weil die Baustoffe zu teuer sind. Hunderttausende haben keine Möbel, Millionen nur Gerümpel in den Zimmern; dabei werden alljährlich große Wälder zu Zeitungspapier verarbeitet und damit die öffentliche Meinung im kapitalistischen Sinne beeinflusst oder Klammernde darauf gedrückt. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Klassen und somit auch keine Klassenkämpfe geben, für politische Brunnenvergiftung selbst also jede Voraussetzung; auch hat niemand mehr nötig, durch marktstreibende Anbündlungen Warenkäufer anzulocken.

Unendlich viel Arbeitskräfte verschlingt heute ferner der ungeheure Verwaltungsapparat mit seinen riesigen Beamtenheeren, die immer komplizierter werdende Steuerberechnung und -einschlagung — bei den Arbeitern und Angestellten ist das überhaupt nicht mehr möglich, daher das Lohnsteuergesetz — die ganze Zivil- und Strafrechtspflege, der gesamte Sicherheitsdienst, das ganze staatliche und private Versicherungswesen und dergleichen mehr. Die Hunderttausende, die in diesen Zweigen beschäftigt werden, erzeugen nicht für einen Pfennig Wert und weil die heutige Gesellschaft so viel Arbeitskraft vergeudet, bewegen sich trotz hochentwickelter Technik und fleißiger Arbeit die Massen so arm. — Die sozialistische Gesellschaft bedarf all dessen nicht. Es ist doch, um nur eins anzuführen, ganz selbstverständlich, daß erkrankte, invalide oder alte Mitglieder ärztlich behandelt, unterhalten und versorgt werden, wozu also erst einen so überaus kostspieligen Apparat schaffen, wie ihn heute die Krankenversicherung darstellt? — Wenn in der zukünftigen Gesellschaft zwei Menschen, die den Mund für's Leben geschlossen haben, inne werden, daß sie nicht zusammenpassen, dann werden sie sich einfach wieder trennen. Leute müssen zwei Rechtsanwälte und drei Richter und eine Anzahl Schreiber dazu in Tätigkeit treten, damit zwei sich ehemals Liebende ihre geschlechtliche Freiheit wiedererlangen.

Durch Anspannung aller arbeitsfähigen Mitglieder zu gesellschaftlich nutzbringender Arbeit und unter höchster Ausnutzung und steter Verbesserung der maschinellen Technik wird es der sozialistischen Gesellschaft gelingen, die Gütererzeugung gewaltig zu steigern — ohne die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu erhöhen — und die Menschen werden zufriedener und glücklicher sein. Die Lebenshaltung, wie sie heute die Wohlhabenden führen, wird für alle Mitglieder der Gesellschaft der normale Zustand sein und wer sich durch außergewöhnliche geistige oder körperliche Leistungen hervorragt, wird es

dadurch, aber nur dadurch allein, einen höheren Anteil an dem erzeugten Gütern sichern. Was der große französische Gelehrte vor reichlich 150 Jahren im Geiste geschaut, der Sozialismus wird es verwirklichen. Er wird die Arbeit organisieren, das Land bereichern und der Staat wird auch nicht einer unruhigen Menschen mehr enthalten.

Aber auch die Moral wird sprunghaft auf einen höheren Standpunkt emporsteigen, denn niemand kann seinen Unterhalt mehr durch Raub, Diebstahl, Betrug oder den Verkauf seines Leibes erwerben, oder den Ertrag seiner Arbeit veräußern außer zu allgemeinnützigen Zwecken. Was Jahrtausende hindurch die Umbröschung aller himmlischen und irdischen Strafen, Hölle, Hefegeweis, Gefängnis, Justizhaus und selbst der Galgen nicht vermocht haben, die allgemeine Arbeitspflicht, die Unmöglichkeit, sich dem Arbeitsvertrag anderer aneignen zu können, und das Recht auf Arbeit werden es bewirken. Das Morden im großen (Völkermord) wird verschwinden wie das Morden und Verbrechen des einzelnen. Der Sozialismus wird die Menschen nicht nur aus den wirtschaftlichen und moralischen Nöten befreien, sondern auch aus den politischen. Was die Sozialdemokratie auf diesem Gebiet erstrebt, wird erfüllt werden: Völkerbrüderung und Völkerverfriede.

Demagogische Konfusion

Aus den Zeitartikeln der kommunistischen Presse kann man ein richtiges Bild der Konfusion, welche in diesen Kreisen herrscht, meist deshalb nicht gewinnen, weil der Inhalt dieser Zeitartikel und die in ihnen vertretenen Ansichten vielfach sehr wenig mit dem übereinstimmen, was wirklich in kommunistischen Kreisen vor sich geht und getrieben wird. Deshalb ist es notwendig, es und zu einmal zu verfolgen, wie die kommunistische Agitation von denjenigen kommunistischen Arbeiterführern betrieben wird, welche die Aufgabe haben, die kommunistische Lehre unmittelbar in den Massen zu verbreiten. Man kann hierbei die erscheinlichsten Feststellungen machen.

In Nr. 81 vom 17. August 1921 des Halleischen Organs der kommunistischen Partei 'Die Tribüne' ist ein ausführlicher Bericht über die Gewerkschaftskonferenz der R.F.D. für den Bezirk Halle-Merseburg enthalten. Nach diesem Bericht soll der Vertreter der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale Max Müller Ausführungen gemacht haben, die als sehr instruktiv bezeichnet werden. Er sagte hiernach u. a. folgendes:

"Für den Betriebsrat ist es nicht höchstes Erfordernis, daß er lange theoretische Vorlesungen zu geben vermag; er muß vor allem in der Lage sein, dem Arbeitkollegen in allen seinen Nöten zu helfen und zu raten."

Diese Feststellung, was der kommunistische Betriebsrat tun muß, ist neu. Die freien Gewerkschaften haben bisher durch die Zusammenfassung der Betriebsräte, durch Betriebsratschreie, durch Betriebszeitungen, durch Anstellung von Betriebsratsreferenten und durch Verfügungsbefugnisse aller weiteren Mittel mit größter Energie und auch mit den entsprechenden Erfolgen versucht, die Betriebsräte in den Stand zu setzen, ihren Tagesarbeiten gerecht zu werden. Gerade deshalb sind die freien Gewerkschaften von den Kommunisten aufs heftigste bekämpft worden, weil die Kommunisten als alleinige Aufgabe der Betriebsräte stets die Vorbereitung der Weltrevolution und die Durchführung aller Aktionen betrachtet haben. Die Bestrebungen der freien Gewerkschaften wurden als konträrevolutionär bezeichnet, man ging soweit, das ganze Betriebsratswesen als durchwegs überflüssig in den Dreck zu werfen. Jetzt wird die Tätigkeit, die von den Kommunisten die ganze Zeit über fast ausschließlich betrieben worden ist und die letzten Endes in nichts weiter als 'Maulheldentum' bestand, selbst als theoretische Belehrung bezeichnet, während man das, was die freien Gewerkschaften von Anfang an getan haben und was von den Kommunisten mit aller Energie bekämpft wurde, nämlich die Betriebsräte in den Stand zu setzen, ihren Arbeitkollegen in allen seinen Nöten zu helfen, als die Aufgabe bezeichnet, die vor allem der Betriebsrat erfüllen muß. Da man unter 'Theoretischen Nöten' wohl nicht die Weltrevolution verstehen kann, muß angenommen werden, daß die Kommunisten einsehen lernen, die von den freien Gewerkschaften getroffenen Maßnahmen für die allein richtigen zu halten. Man braucht sich dieser Erkenntnis freuen, wenn nicht die Schlussfolgerung nahe liegt, daß es ja in Folge des Kommunisten gelangens für die Gewerkschaften und Staatsarbeiter und die Metallarbeiter lokale Abspaltungen vorzunehmen und für diese besondere örtliche Organisationen zu gründen. Die Mitglieder dieser Organisationen, welche den 'Heilighen' der Kommunisten gefolgt sind, wollen nunmehr selbstständig politische Taten setzen, und da die Kommunisten nicht insatiable sind, ihre Strafen in die Tat umzusetzen, verfallen dieselben jetzt darauf, ihren Mitgliedern das, was ihnen bisher ausschließlich gewährt wurde, als falsch hinzustellen, dagegen die bisher stets bekämpften Maßnahmen der freien Gewerkschaften zur intensiven Nachahmung zu empfehlen.

Aber: "Wie der Herr, so's Weibchen." So hinterher ist es in der heutigen Session der 3. Internationalen und deren Ortsgruppen zu sehen, ebenso groß ist auch die Unklarheit in der Zentrale der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau selbst. Denn der zweite Sekretär des Abends, der kommunistische Reichs- und der Reichsgewerkschaftszentrale, berichtet hierüber folgendes:

"Der Bericht des russischen Gewerkschaftsrates beweist, daß in diesem noch keine bestimmte kommunistische Linie vorhanden ist, sondern daß anarchische und syndikalistische Elemente sehr stark vertreten waren. Durch Nachgeben der russischen Gewerkschaften und mit Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften der Balkanländer war das gefasste Ziel, eine neue Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, förmlich noch erreicht worden."

Obgleich sich in den Reihen der Kommunisten selbst auf dem Weltkongress noch stark anarchische und syndikalistische Elemente befanden, wurden die von der Reichsgewerkschaftszentrale eingeleiteten Taten für die Gewerkschaften selbst einstimmig angenommen. Freilich kann es eine Lösung; "Einheit der Gewerkschaften um jeden Preis" für uns nicht geben, aber wir können uns heute von den beiden Schichten der Arbeiterchaft, die noch in den zentralen Gewerkschaften organisiert ist, nicht lösen. Die dort organisierten sind für uns immer noch wertvoller als die Unorganisierten."

Bisher haben die Kommunisten stets durch ihre mit großem Aufwand betriebenen Beziehungen zu den Arbeitern, als wenn sie allein wüßten, wie die Arbeiterklasse aus dem jetzigen Stand herauszukommen. Jetzt erzählt man aber, daß überhaupt noch keine bestimmte kommunistische Linie vorhanden ist, sondern daß anarchische und syndikalistische Elemente vorhanden sind. Hier: "Ex oriente lux" (Aus dem Osten kommt das Licht), und Güte schenken denen, von ihnen Recht haben auf sehr unwürdige Kulturpunkte gehaltenen inländischen und westlichen Arbeitern des Balkans ist diese kommunistische Linie jetzt gebildet worden, wodurch die bestmögliche Arbeiterchaft der Welt nunmehr arbeiten kann, von der reichlichen kommunistischen Selbsteinstellung zu werden. Doch können die Kommunisten selbst im Zweifel sein, daß diese Linie eingehalten wird, da sich auch anarchische und syndikalistische Elemente noch wie vor in ihren Reihen befinden. Zum Schluß enthält das Heftchen des Gewerkschafts, daß man heute die Spaltung der Gewerkschaften noch nicht will, welche Spaltung der jüngsten offiziellen Veröffentlichungen der R.F.D. sehr entgegensteht, wozu nämlich die R.F.D. es als ihre Aufgabe betrachtet, die Einheit der Gewerkschaften unter allen Umständen zu erhalten. Heute will man das noch.

Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß mit dieser Konferenz die neue zielbewusste Arbeit in der Gewerkschaft begonnen habe. Es ist wirklich nicht anzunehmen, daß die hauptsächlichsten Mitglieder der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale Müller und Reicher nicht selbst wissen, welche ungeheure Aufgabe sie mit ihrer Unorganisierten anzusetzen, und daß es daher als gewandelter Demagogie bezeichnet werden, daß man unorganisierte Arbeiter und Angehörige, welche durch die Not der Zeit veranlaßt, sich von den kommunistischen 'Heilighen' lösen, in dieser Weise mißhandelt. E. L. R. S. P. E. L.

Volkswirtschaftliche Begriffe

Gold- und Papiermarkt

In letzter Zeit hört man oft den Unterschied zwischen Goldmarkt und Papiermarkt, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Erörterung des Friedensvertrags von Versailles. Unter Goldmarkt versteht man nicht Goldgeld oder eine bestimmte Menge von Goldstücken, sondern fremde Währung (zum Beispiel Dollars, Pfunde Sterling oder französische Franken). Und zwar bezeichnet man mit Goldmarkt diejenige Höhe des Betrages, der heute erforderlich ist, um für ihn dieselbe Menge Dollars, Pfund Sterling, Franken zu erhalten, die man für denselben Markbetrag vor dem Kriege bekommen hat. Das heißt unter Goldmarkt versteht man den Wert der Mark in Paris, im Verhältnis zu seinem jetzigen Wert in fremden Währungen. Durch die Forderung von Goldmarkt sichert sich der Verfallener Friedensvertrag eine Unabhängigkeit von der Veränderung der deutschen Wälua. Je mehr sie herauf- oder heruntergeht, müssen wir mehr oder weniger Papiermarkt bezahlen, denn darunter versteht man die Berechnung der Mark zum gerade geltenden Kurse. Am 13. Juni 1914 kostete ein Pfund Sterling in Hamburg 20,90 Mark; am 15. August 1921 kostete dieselbe Geldsumme in Frankfurt 312 Mark. Deshalb hat die deutsche Volkswirtschaft das größte Interesse an der Gestaltung der Papiermarkt und deshalb muß die Arbeiterchaft alle staatlichen und privaten Maßnahmen bekämpfen, die zur weiteren Gefährdung unserer Mark notwendiger führen.

Der Grundlohn in der Krankenversicherung

Die Berechnungen der Krankenkassen werden nach einem Grundlohn bemessen. Dieser wurde im Mai 1920 nach vielen Gin und Her im Reichstag in der Höchststufe auf 30 M pro Tag festgesetzt. Eine Staffelung nach Lohnstufen steht dann die Beiträge und diesen entsprechend die Leistungen fest. Richtiger und den Versicherten gegenüber gerechter wäre es, wenn die Berechnung des Grundlohns nach dem mittleren Arbeitsverdienst erfolgte (§ 180 Abs. 4 R.V.). Diese Art der Berechnung ist die den Verhältnissen am meisten entsprechende. Freilich erfordert diese Art der Berechnung verschiedene Umständlichkeiten, die sich bei der Berechnung des Grundlohns nach Durchschnittslohn erübrigen. Diese Umständlichkeiten sind aber nicht unüberwindbar. Die Berechnung des Grundlohns nach dem Arbeitsverdienst setzt aber die Erhöhung des Grundlohns auf mindestens 50 M pro Tag voraus. Die Höchstgrenze des Grundlohns, wie er jetzt besteht, entspricht nur einem Stundenverdienst von 3,75 M. Dieser Satz ist in den Großbetrieben und Industriebetrieben längst überrufen.

Selbstredend würde bei einer erheblichen Erhöhung des Grundlohns auch eine weitere Minderbelastung der Versicherten durch Beiträge erfolgen, aber jeder Einsichtige wird sich auch hiermit abfinden, wenn er weiß, daß ihm auf der anderen Seite ein Äquivalent in Form eines Krankengeldes geboten wird, welches durch seine Höhe in etwa als Ausgleich für entgangenen Arbeitsverdienst in Frage käme. Es kann nicht bestritten werden, daß besonders bei längerem Kranksein der Betrag des jetzt zur Auszahlung gelangenden Krankengeldes nicht ausreicht, selbst dann nicht, wenn fünf der Auszahlung (50 Prozent des Grundlohns) die Krankleistung (1/3 des Grundlohns als Mehrleistung) zur Berechnung und Auszahlung gelangt. Zudem müßte die Auszahlung des Krankengeldes für Sonn- und Feiertage aus einer Mehrleistung in eine Regelleistung umgewandelt werden. Das gleiche trifft zu bei Krankheiten, welche durch Betriebsunfall hervorgehen. Auch der Punkt "Hausgeld" bildet ein trauriges Kapitel in der Krankenversicherung. Dieses Hausgeld, welches bei Krankenhauspfllege und Heilverfahren zur Auszahlung kommt, beträgt, selbst unter Berücksichtigung der im Gesetz vorgesehenen Krankenleistung (50 Prozent des Grundlohns), also im günstigsten Falle 105 M pro Woche. Wie eine Familie unter den heutigen Verhältnissen mit dieser Summe auskommen soll, ist wohl schwer zu sagen.

Nun wird in Kostentabelle hervorgehoben, daß bei hohen Leistungen der Krankmeldungen, mit anderen Worten die Arbeitsunfähigkeit erheblich länger würde. Dieser Einwand ist wohl nicht stichhaltig. Ein Beispiel: Angenommen, der Grundlohn betrage wirklich 50 M pro Arbeitstag, so würde, selbst unter Berücksichtigung der höchstzulässigen Krankenleistung (1/3 des Grundlohns), für den Versicherten im Falle der Erwerbsunfähigkeit und unter Annahme, daß er der entsprechenden Beitragsskala angehört, also einem Tagesverdienst von 50 M und darüber hat, bei der Krankenversicherung der Krankleistungen ein Nettobetrag von 12,50 M und mehr für den Tag herauskommen. Dieses Netto würde auch dann nicht ausgereicht werden, wenn das Krankengeld für die Sonntage mitgezählt würde. Zudem können die Kosten bei Schwärung der Mehrleistung (75 Prozent des Grundlohns) eine Entlastung der Krankleistung, etwa in dem Sinne vornehmen, daß den Ledigen 60 Prozent, den Verheirateten je nach der Kopfzahl bis zu 75 Prozent des Grundlohns zugebilligt werden. Auf diese Weise würde dem etwa bedürftigsten Anreiz zur Simulation in den Kreisen der Ledigen begegnet werden. Dann wird befürchtet, daß bei einer weiteren Erhöhung der Grundlohnhöchstgrenze die Krankleistung vermindert würde, die zu erwartenden Mehrleistungen soweit als möglich wieder für sich in Anspruch zu nehmen. Dieser nicht von der Hand zu weisen Befürchtung wäre dadurch zu begegnen, wenn das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen gesetzlich geregelt würde in dem Sinne, wie es im Dezember verflohenen Jahres vom "Allgemeinen Deutschen Krankentag" auf seiner Tagung in Berlin gefordert wurde.

Dann wird noch darauf verwiesen, daß die Beiträge zur Krankenversicherung in den Kreisen der Unternehmer wie der Versicherten ohnehin schon Mifshimmung hervorgerufen hätten und befürchtet werden müßte, bei einer weiteren Erhöhung der Beiträge einen Entlastungsbeitrag zu entrichten. Ich glaube, wenn den Versicherten genügend nachgedacht wird, daß der Radteilen, die aus einer weiteren Belastung durch erhöhte Beiträge für sie entstehen, auf der anderen Seite auch entsprechende Vorteile für sie herauskommen, kein Einsichtiger sich der Erhöhung des Grundlohns und einer dementsprechenden Beitragserhöhung gegenüber ablehnend verhalten wird, hat er doch denn die Gewißheit, in den Tagen der durch Krankheit hervorgerufenen Not solche zu erhalten, daß er sich und die Seinen vor dem Hunger geschützt weiß. Das die Beitragslast der Unternehmer ansteigt, so ist es die heilige Pflicht in gewohnt, die sozialen Lasten bei der Festlegung der Beitragsskala mit in Rechnung zu ziehen. Den Versicherten werden in Kürze noch das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die vergeblichen Leistungen der Invaliden- und Altersversicherung neue Aufgaben erwachsen, aber trotzdem muß keinesfalls ein Arbeitervertreter im Reichstag alles domingest werden, für die Festlegung des Grundlohns in der Krankenversicherung einen Satz anzusetzen, der der Lohnhöhe G und H (15 000 M) und nach) gegenüber liegt.

Herangezogen wäre noch, daß wenn diese Materie im Reichstag zur Verhandlung käme, etwas mehr Grundlosigkeit Platz greift, die mancher nicht als zu wünschen übrig läßt. Dafür müssen sich unsere Vertreter im sozialen Ausschuss wie im Plenum mit aller Macht einsetzen. Denn das Gesetz erzwängen, zu müssen sie schon wieder abgeändert werden (Reichsgewerkschaft), und man kann, weil der bürgerlichen Mehrheit jeder sozialpolitische Fortschritt mit Rügen und Sähen folgen abgesehen werden muß.

Dann noch ein Wort an die Kollegen, die in den einzelnen Verbänden der Betriebskassen sitzen. Es müßten diese Kollegen entweder als eine Vereinigung von Arbeitnehmern zusammenkommen

oder im Verein mit den Vorstehenden der einzelnen Kassen auf Grund der Reichsversicherungsordnung einen festen Kassenverband gründen, um entweder auf die erstere oder die letztere Art etwas Einheitsliches in Bezug auf die Leistungen zu schaffen. Jetzt heute ein Verschieber aus einem Betrieb mit eigener Krankenkasse aus, so findet er im anderen Betrieb mit derselben Kassenart meistens auch wieder andere Leistungen. Aber dieser Vereinigung soll kein, wenigstens für den Bereich eines Versicherungsbereichs die Minderwertigkeit der Leistungen zu befestigen, ein Programm von Mindestleistungen zu schaffen. Bessere Leistungen können selbstredend in ihren Leistungen über das Mindestmaß hinaus gehen, soweit es ihre Leistungsfähigkeit zuließe. Die Kassenleistungen der Reichsversicherungsordnung bieten derartigen gutfundierten Kassen noch ein großes Betätigungsfeld.

Der erweiterte Beirat

trat am 26. und 27. August 1921 zu einer Sitzung zusammen, um einige wichtige Fragen zu erörtern, die für die Gesamtorganisation von großer Bedeutung sind.

Betreten waren alle Bezirke durch ihre Beiratsmitglieder und Bezirksleiter (mit Ausnahme der Bezirksleiter des Stuttgarter Bezirks, die entschuldigt fehlten); außerdem waren außerdem die Mitglieder des Vorstandes sowie die Genossen Einstein, Graf und Belmann, vom Ausschuss Lang und Daumann, von der W.-B.-F. Gaase und Ufermann.

Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Bildungsarbeiten unseres Verbandes. 2. Der Verbandstag in Jena. 3. Der Eisenwirtschaftsverband. 4. Berufsfortbildung.

Dihmann vom Hauptvorstand gibt zunächst einen Überblick über die Sitzung des Reichsbeirats der Betriebsräte (siehe Bericht in Nr. 36 der W.-B.-F.) und über eine jener Tagung anschließende Sitzung des engeren Beirats, die sich insbesondere mit den schwebenden Lohnbewegungen und Kämpfen beschäftigte. Neben gibt eine kurze Übersicht über die infolge der neu einsetzenden Teuerungswelle eingeleiteten Lohnbewegungen und betont, daß der Hauptwert bei Verhandlungen auf eine Erhöhung der Grundlöhne gerichtet werden muß. Die Einstellung unversierter Elemente in die Bewegungen muß zurückgewiesen werden. Die Bewegungen sind Sache der in Frage kommenden Gewerkschaftsorganisationen. Das muß auch gegenüber diversen Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betont werden, wir doch auch von dieser Seite in letzter Zeit versucht, sich in die Durchführung von Lohnbewegungen einzumischen. Dem stehen die wiederholten Beschlüsse des A.D.G.B. strikte entgegen. Die Vereinigte kommunistische Gewerkschaftszentrale ist planmäßig dabei, einen Einfluß auf die Gewerkschaftskämpfe zu gewinnen. Diesen Versuchungen muß entgegengetreten werden; die Bewegungen müssen einheitlich durch die dazu berufenen Organe durchgeführt werden und sie bedingen das Einsetzen aller Kräfte. Schnelles Handeln ist notwendig, denn die Teuerung bedrückt die Arbeiter aufs schwerste. Doch ein Erfolg ist nur möglich, wenn die Bewegungen in den Händen des Verbandes bleiben. Neben gibt weiter ein Situationsbild über den augenblicklichen Stand der Kämpfe im Reich und macht dabei auch einige Mitteilungen über den Metallarbeiterstreik in Halle.

Lieberasch (Leipzig): Der Vorstand behandelt die Frage mit dem Gedanken, daß der Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft in der jetzigen Weise bleibt und die Arbeiterchaft sich damit abfinden muß. (Widerpruch.) Die Tagesordnung für den Betriebsrätekongress der Metallarbeiter zeigt, daß man die Betriebsräte beim Wichtigsten, bei der Lohnfrage, nicht hören will. Die Durchführung der Bewegungen in dem vom Vorstand beabsichtigten Sinn führt nicht zum Erfolg. Die Teuerungswelle trifft alle Arbeiter und nur eine Gesamtbewegung kann helfen. Neben beantragt zentrale Verhandlungen; führen diese zu keinem Ergebnis, dann Kampf auf zentraler Grundstufe. Der A.D.G.B. muß veranlaßt werden, eine einheitliche Aktion durchzuführen. In weiteren Ausführungen kommt Neben auf die Weltwirtschaft, die Arbeitsverhältnisse auf den Werften und auf die Vorgänge in Halle zu sprechen. Die Ausführungen über die Weltwirtschaft werden von einem Teil der Beiratsmitglieder mit Gelächter und Widerspruch aufgenommen.

Blata (Berlin): Zu den Ausführungen von Dihmann über die mangelhafte Statistik ist zu bemerken, daß in Berlin alle möglichen Versuche angestellt worden sind, um das statistische Material zu bekommen. Die Fragebogen sind hauptsächlich aus ganz bestimmten Betrieben nicht beantwortet worden.

Engelke (Elettin) geht näher auf die Angelegenheiten auf den Werften ein. Im Verlauf der einleitenden Rede hat Dihmann auch die Zustände auf der A.-G. Weser besprochen und die Verhältnisse auf den Werften. Es dreht sich auf der A.-G. Weser um planmäßige Unterdrückung der Rechte des Betriebsrats und bei der Unfortarbeit um die Verdrängung, die den Kollegen bei Einführung der Unfortarbeit gemacht worden sind. Die Beiratskollegen, die über Lieberasch Ausführungen lachten, scheinen die Fügung verloren zu haben und die Not der Arbeiter nicht zu kennen. (Entrüsteter, lebhafter Widerspruch.)

Dihmann (Stuttgart): Man muß alle Äußerungen objektiv bewerten. Kein Kollege lacht, wenn es sich um die Not der Arbeiter handelt. Wir können aber niemand verleiten, über Ausführungen zu lachen, die so wenig Verständnis über die Weltwirtschaft bekunden, wie es bei Lieberasch der Fall war.

Bandgraf (Wremershausen): Der Kollege Lieberasch hat über Schiffbau in unverständlicher Weise gesprochen. Tatsache ist, daß eine Überfüllung der Werften mit Arbeitkräften vorhanden ist infolge der Zuzugung fremder Arbeitskräfte während des Krieges und des Ausscheidens des Bau von Kriegsschiffen. Der Schiffbau liegt in allen Ländern danieder, nicht nur bei uns. Der Kauf von Schiffen vom Ausland kann auch im Sinne der Volkswirtschaft kein, überblieben andere Arbeitergruppen, Transportarbeiter, Maschinenbau usw., auf Kauf von Schiffen, damit diese Gruppen Arbeit erhalten.

Gaas (Adn): Eine Vereinigung in Halle muß auf dem Boden des Statuts herbeigeführt werden. Lieberasch hat bei seinen Ausführungen über die Weltwirtschaft den Versfaller Vertrag vergessen, wir vor 15 und 20 Jahren genau den gleichen Streit gehabt wie jetzt. Der sozialen Entlohnung werden wir uns auf die Dauer nicht ganz erwehren können; der verheiratete Arbeiter lebt wesentlich teurer und es liegt im Interesse der Arbeiter, wenn wir — mit der notwendigen Vorsicht natürlich — uns auf diesen Boden begeben. Kollege Lieberasch hat zentrale Verhandlungen empfohlen. Man kann darüber geteilter Meinung sein, ebenso, ob es zweckmäßig ist, große Kämpfe zu führen.

Schäfer (Stuttgart) widerspricht den Ausführungen von Lieberasch über die Vorgänge in Halle. Wir bebauern die Trennung, die Lora des A.D.G.B. finden den Kollegen in Halle weit offen. Meyer und Genossen verlangen Garantie, daß der Vorstand die Verbandslagebeschlüsse beachtet. Letzteres ist doch selbstverständlich. Die Kollegen sollen uns nachweisen, wo wir das Statut verletzen. Unsere Kollegen in Halle können von uns verlangen, daß wir alles tun, um den drohenden Kampf zu einem guten Ende zu führen.

Rathes (Jena): In Thüringen wird von Weimar aus — unter Ausschaltung der Gewerkschaften — eine "gewerkschaftliche Einheitsfront" zu schaffen versucht. Daß ohne Gewerkschaften keine Einheitsfront zu schaffen ist, muß jedem Denkenden klar sein. Am 25. August 1921 ist in Weimar der Generalstreik beschlossene worden, ohne die Gewerkschaften zu fragen. Diese scheiden aus, wird gesagt. Unsere Kollegen werden bitter enttäuscht sein, wenn sie sehen, daß sie infolge dieser Ausscheidung keine Unterstützung bekommen. Die Sozial-Löhne werden in Jena auf Kosten der Ledigen bezahlt. Bei Sozial-Löhnen werden in Konjunkturbetrieben die Unternehmer auch frei die billigen Arbeitskräfte einstellen, der Verheiratete wird also im Nachteil sein. Hier sollen von der feitherigen Laktik nicht abweichen. Das würde zu Differenzen führen und einen Teil in die Organisation treiben. Riber (Erlangen): Die Teuerung ist eine zentrale und wir sollten versuchen, zu zentralen Verhandlungen zu kommen. Die Kraft des Verbandes allein genügt auch nicht, wir müssen im Verein mit dem A.D.G.B. handeln.

Lieberasch (Leipzig): Diese Ausführungen der beabsichtigten meine Auffassung. Wenn wir bei zentralen Verhandlungen keine Resultate

zielen, müssen wir ohne Rücksicht auf das kapitalistische Interesse die Arbeiter zum Kampf aufrufen. Die Arbeiter fragen nicht nach Statistiken und Kartotheken, sondern fragen, was wir getan haben, um ihre Interessen zu vertreten.

Die Zentralisierung der Bewegung ist ein wichtiges Problem. In der Vergangenheit sind die Arbeiter durch die Zentralisierung der Bewegung zu großem Fortschritt gekommen. Die Zentralisierung ist ein wichtiger Bestandteil der proletarischen Bewegung.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

Schulenburg (März): Die Auffassung unserer Kollegen über die Sozialdemokratie ist verschieden. Wenn keine Entlassungen an den Werkstätten sind, kann der Kampf nicht weitergehen.

lehre historisch betrachten. Unser Grundfehler ist, zu national zu denken. Wir verstehen nicht, daß die Bekämpfungsmethoden des Kapitalismus in anderen Ländern vielfach anders sind als bei uns.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

Sachs (Köln) hat die Auffassung, daß wir jetzt etwas zu aktiv sind in den Bildungsfragen; man kann auch mit dem Fittler gelassener sein. Das schnelle Tempo des Fortschritts könnte einen auf den Gedanken bringen, daß eine gewisse Abhilfe damit verbunden ist.

In die Kommission zur Vorbereitung des Verhandlungsprotokolls werden nach kurzer Diskussion gewählt: Redem (Berlin), Freitag (Hagen), Schulenburg (März) und Spiegel (Wieselfeld).

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Eisenindustrie. Die Diskussion der Arbeiter des D.M.B. in demselben, den vorliegenden Verhandlungsprotokoll über den D.M.B. behandelt.

Die Diskussion, an der sich Weller (Dortmund), Liebe (Dresden), Schulz (Hamburg), Kosmiller (Stettin), Freitag (Hagen), Dismann und Dr. Ginteln (Stuttgart) beteiligten, drehte sich neben verschiedenen Einzelragen im besonderen um die Forderung von Höchstpreisen, um die Bedeutung des D.M.B. für die Eisen- und Stahlindustrie zu betonen.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung: Wozu Konferenzen. Die Vorstände der Verbände regelt werden, eine Konferenz ist überflüssig und wäre der ungeeignetste Ort zur Regelung der Streitfragen.

Die Diskussion über die Streitfragen. Die Streitfragen zwischen den Verbänden der Verbände geregelt werden, eine Konferenz ist überflüssig und wäre der ungeeignetste Ort zur Regelung der Streitfragen.

Die Streitfragen zwischen den Verbänden der Verbände geregelt werden, eine Konferenz ist überflüssig und wäre der ungeeignetste Ort zur Regelung der Streitfragen.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Über die Beschäftigungslage in der dritten Augustwoche berichteten 717 Verwaltungen über 27344 Betriebe mit 1992195 Arbeitern. Das Bild gestaltet sich wie folgt:

Table with 2 main columns: Berichtswache and Vorwoche. Sub-columns: Betriebe absolut, Arbeiter absolut, Betriebe %, Arbeiter %.

Die Betriebe mit Kurzarbeit haben sich um 109, die Kurzarbeiter um 181 vermindert. Die Zahl der Vollbeschäftigten hat sich gegenüber der Vorwoche um 7998 erhöht.

Table showing percentage changes in Kurzarbeiter and Vollbeschäftigten from July 17-24 to August 1-7.

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in der Berichtswache in den einzelnen Bezirken zeigt folgende Aufstellung:

Large table showing employment data by district (Bezirk) including total employees, full-time employees, and part-time employees.

Die Zahl der beobachteten Orte ist ganz erheblich größer als die Angaben in dieser Spalte. Der Wirkungsbereich sehr vieler Verwaltungen erstreckt sich auf mehrere Orte, ein Teil der Vermaltungen erstreckt sich auf ganz Umkreisgebiete.

Der Bezirk Stettin weist eine wesentliche Steigerung der Kurzarbeit, die Bezirke Dresden, Hagen, Stuttgart eine beträchtliche Abnahme der Kurzarbeit auf. In den übrigen Bezirken sind größere Verschleungen nicht eingetreten. Die Dauer der Kurzarbeit zeigt folgende Aufstellung:

Table showing the duration of unemployment (Kurzarbeit) in hours.

Die Berichtswache zeigt eine weitere Abnahme der arbeitslos und verkurzt arbeitenden Mitglieder. Für Berlin sind in der Berichtswache 18000 Kurzarbeiter mehr festgestellt.

Table showing percentage changes in unemployment duration from July 17-24 to August 1-7.

Die Berichtswache zeigt eine weitere Abnahme der arbeitslos und verkurzt arbeitenden Mitglieder. Für Berlin sind in der Berichtswache 18000 Kurzarbeiter mehr festgestellt.

Die Berichtswache zeigt eine weitere Abnahme der arbeitslos und verkurzt arbeitenden Mitglieder. Für Berlin sind in der Berichtswache 18000 Kurzarbeiter mehr festgestellt.

